

Totale Eskalation der Migrationskatastrophe

► **Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock haben sich in Usbekistan herumgetrieben.** Dort erhoffen sie sich „junge, motivierte Fachkräfte (...), die wir in Deutschland dringend benötigen“. Und dann gibt es da noch Kenia. Dort haben Nancy Faeser und Olaf Scholz neues Unheil angerichtet und ein Migrationsabkommen unterschrieben. Die Kenianer teilten daraufhin öffentlich mit, nun würden 250.000 Afrikaner Arbeit in Deutschland finden.

Im vergangenen Jahr lag die Zahl der Kinder, die deutsche Frauen durchschnittlich im Laufe ihres Lebens in die Welt setzen, bei 1,35. Für eine stabile Bevölkerungsentwicklung wären 2,1 erforderlich. Voraussetzung einer Trendwende bei den Geburten wären eine familienfreundliche Politik, bezahlbare Kita-Plätze, gesundes Schulesen und - vor allem anderen - Familien- und Kinderfreundlichkeit, Optimismus, der Glaube an die Zukunft. Über eine diesbezüglich Trendwende in der deutschen Politik wird im Ampel-Milieu offenbar noch nicht einmal nachgedacht. Stattdessen wollen Scholz, Faeser, Baerbock & Co. mehr und immer noch mehr Menschen fremder Nationalität nach Deutschland holen.

Diese Regierung fährt Deutschland mit Anlauf gegen die Wand. Der Schaden, den sie anrichtet, wird noch in Jahrzehnten nachwirken. Jeder Tag, den die Ampel-Regierung länger im Amt verharret, ist ein schlechter Tag für Deutschland!

Manfred Rouhs



Hoffen, dass es gut geht: Ärzte aus aller Welt mir sehr unterschiedlichem Ausbildungsstand erproben an deutschen Patienten ihre Fähigkeiten. - Foto Urheber: Vadim Guzhva | Lizenz: Adobe Stock Foto

Lebensgefahr:

Wenn der Arzt kein Deutsch versteht

► **Deutsche Politiker tun sich mit Geldgeschenken in aller Welt wichtig.** Sie finanzieren den Krieg in der Ukraine mit und lassen sich den Asylirrsinn jährlich ein Vermögen kosten. Die Folgen: Auf deutschen Straßen reiht sich ein Schlagloch an das andere. Die ersten Brücken stürzen ein. Bei Bildung und Ausbildung der jungen Generation muss gespart werden.

Selbstverständlich bieten deutsche Universitäten vor dem Hintergrund dieser Entwicklung schon lange viel zu wenig Studienplätze für Mediziner an. Das hat für die politische Klasse die angenehme Folge, dass sie ihren multi-kulturellen Neigungen nachgehen und behaupten können, wir seien gezwungen, Ärzte im Ausland anzuwerben, um die medizinische Versorgung sicherzustellen. Eine po-

litisch hausgemachte Situation, denn wenn deutsche Unis jedes Jahr weniger Ärzte ausbilden, als benötigt werden, entsteht irgendwann ebenso absehbar wie vermeidbar ein Defizit.

Viele ausländische Ärzte machen in Deutschland eine hervorragende Arbeit. Aber manche sind auch ein gesundheitliches Sicherheitsrisiko für ihre Patienten, wie ein Interview der „Welt“ an den Tag befördert, dessen wichtigste Aussagen hinter der Bezahlschranke verbogen bleiben.

Gesprächspartner der Welt ist ein 58-jähriger leitender Arzt eines nord-



Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

rhein-westfälischen Krankenhauses. Dessen Namen kann leider nicht öffentlich genannt werden. Denn wir leben zwar bekanntlich im freiesten Staat, der je auf deutschem Boden existierte, aber so frei, dass ein Arzt einfach mal eben ausländische Kollegen kritisieren könnte, sind wir dann doch nicht.

Der stellt zunächst einmal die fachliche Qualifikation nicht aller, aber eines Teils der zugewanderten Ärzte in Frage:

„Warum sollte ein gut ausgebildeter Arzt aus Schweden oder Frankreich nach Deutschland kommen, wenn er in seinem Land bessere Bedingungen hat? Stattdessen kommen viele Ärzte aus ärmeren Ländern, in denen die medizinische Ausbildung oft nicht mit unseren Standards vergleichbar ist. Das ist nicht nur für uns ein Problem, sondern auch für diese Länder, die ihre besten Fachkräfte verlieren.“

Und dann spricht er den Elefanten im Raum an:

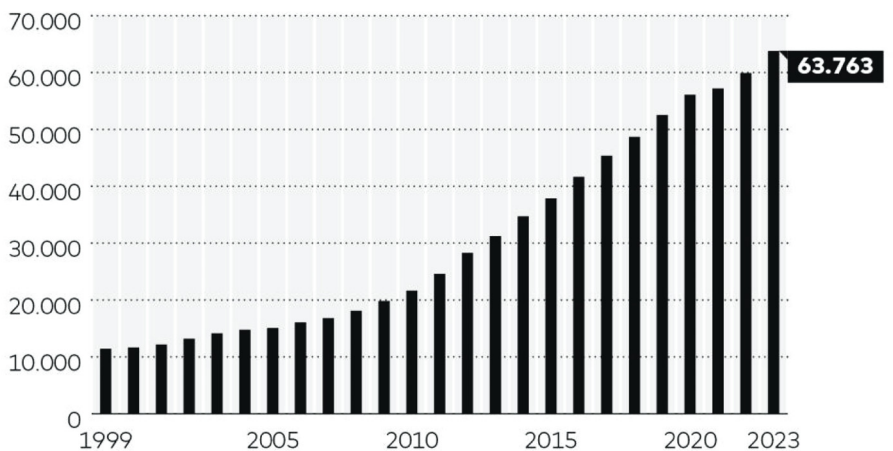
„Das größte Problem ist die Sprache. 90 Prozent unserer Assistenzärzte kommen aus dem Ausland, davon sprechen etwa drei Viertel kein ausreichendes Deutsch, um das von der Ärztekammer geforderte Sprachniveau C1 zu erreichen. Diese Sprachbarriere führt zu gravierenden Missverständnissen - sowohl bei der Kommunikation mit den Patienten als auch unter den Ärzten. (...) Manchmal greift auch niemand ein, weil man schnell in die rechte Ecke gestellt werden könnte, wenn man die sprachlichen Defizite anspricht.“

Die babylonische Sprachverwirrung im deutschen Medizinbetrieb gefährdet Menschenleben:

„Ein besonders dramatisches Beispiel war der Fall eines Krebspatienten,

Ausländische Ärzte in Deutschland

Anzahl seit 1999



Daten der Bundesärztekammer zeigen: Die Zahl der ausländischen Ärzte in Deutschland steigt Jahr für Jahr an. - Quelle: Bundesärztekammer

der in die Notaufnahme kam. Er hatte bereits eine bekannte Tumorerkrankung, aber der zuständige Assistenzarzt - ein Kollege aus dem Ausland - erkannte den Ernst der Lage nicht, weil er den Patienten schlichtweg nicht verstand. Er schickte den Patienten mit Rückenschmerzen nach Hause, obwohl klar war, dass seine Beschwerden auf Metastasen zurückzuführen waren.

Wenige Wochen später kam der Patient mit einer inkompletten Querschnittslähmung zurück in die Klinik. Die Verzögerung hat seine Prognose massiv verschlechtert.“

gerung hat seine Prognose massiv verschlechtert.“

Und was sagt dazu Gesundheitsminister Karl Lauterbach? Der scheint ein wesentlicher Teil des Problems zu sein und schreibt bei X:

Prof. Karl Lauterbach 
@Karl_Lauterbach

An schnellerer Anerkennung ausländischer Ärzte und auch von Pflegekräften arbeiten wir gerade. Leider ist es so, dass viele Länder sowohl zu wenige Deutsche ausbilden als auch zu wenige Ausländer zulassen. Auch das Thema im Herbst der Gesundheitsreformen

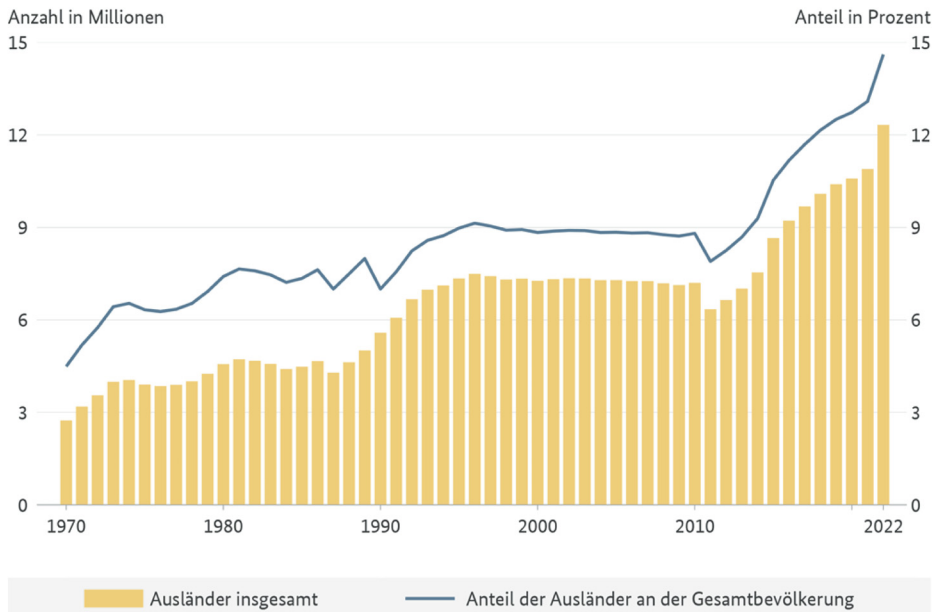
Solche Politiker sind für uns alle lebensgefährlich!

Immer mehr ärztliche Behandlungsfehler

91 Prozent aller Streitigkeiten über ärztliche Behandlungsfehler werden außergerichtlich beigelegt, teilt die seit 1977 bestehende „Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen“ mit. Viele Konflikte zwischen Ärzten und Patienten landen weder vor Gericht, noch bei der Schlichtungsstelle, die Haftungsansprüche in 71 Prozent der Fälle zurückweist. Die verbleibende Zahl anerkannter Behandlungsfehler stieg dramatisch von 1.845 im Jahr 2016 (Quelle: „ÄrzteZeitung“) auf 3.160 im Jahr 2023 (Quelle: Medizinischer Dienst der Krankenversicherung). - Abbildung Urheber: Lukasz Panek, fotolia.com



Ausländische Bevölkerung (1970-2022*)



* von 1970 bis 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Rot und Schwarz waren ein halbes Jahrhundert lang die Parteien der Massenzuwanderung. Jetzt aber versprechen sie eine „migrationspolitische Wende“. Wie glaubwürdig ist das?

Rechts blinken, links abbiegen:

Altparteien kündigen „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik an

► Der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD, Foto rechts) hat ein neues, unerwartetes Problem in der Hansestadt bemerkt: Raubüberfälle, begangen durch „junge Migranten aus Nordafrika“. Mäurer will dem Unheil durch ein hartes Durchgreifen der Polizei und durch Haftstrafen für die Täter bekommen. „Aber nach Ende ihrer Haft möchte ich sie gerne in ihre Heimatländer abschieben“, erklärt der 73-jährige Politiker. Das berichtet der „Focus“.



Da möchte man laut klatschen und dem Sozialdemokraten recht geben.

Zu bemerken ist allerdings, dass Mäurer in der leicht heruntergekomme-

nen SPD-Hochburg Bremen nicht erst seit gestern das Amt des Innensenators ausübt. Sondern seit 16 Jahren. Wer also hat dem norddeutschen Stadt-Staat eine Situation eingebracht, in der kürzlich 100 Straftaten auf nur einen jugendlichen nordafrikanischen Intensivtäter zurückgeführt werden konnten?

Sein Parteigenosse und Bundeskanzler Olaf Scholz steht bereits seit dem Oktober 2023 voll und ganz hinter Mäurer. Er kündigte an: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.“ Die Worte klingen noch nach - allein die Taten lassen auf sich warten.

Und dann gibt es da noch Friedrich Merz. Der fordert sogar einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik ein und will keine Asylbewerber aus Syrien und Afghanistan mehr aufnehmen.

Woher kommt der scheinbare Gesinnungswandel? Könnte das möglicherweise etwas mit den Wahlerfolgen der AfD zu tun haben?

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung weist seit 1970 einen kontinuierlichen Anstieg des Ausländeranteils in Deutschland aus, der sich prozentual unter SPD- und CDU-geführten Regierungen mehr als vervierfacht hat. In all diesen Jahren betraten immer wieder rote und schwarze politische Scharlatane die Bühne, die der deutschen Öffentlichkeit eine migrationspolitische Wende in Aussicht gestellt haben.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Auch, wenn sich einzelne Vertreter des alten politischen Apparates, wie Thilo Sarrazin und Hans-Georg Maaßen, zweifellos glaubwürdig von der politischen Klasse abgewandt und um Deutschland verdient gemacht haben.

Jeder aber, der in deren Strukturen verharret, mag öffentlich mitteilen, was immer er will: Ein politischer Wandel ist aus seinem Milieu nicht zu erwarten.



tisch gescheiterten SED-Nachfolgepartei Die Linke. Zumindest Teile der Merz-CDU haben sich damit offenbar vom klassischen Verständnis einer freiheitlichen, parlamentarischen Demokratie verabschiedet, zu deren unverzichtbaren Kernelementen bekanntlich das Mehrparteiensystem gehört. Dieses Bündnis erinnert eher an die unselige Zeit der DDR-Blockparteien mit ihrer pseudodemokratischen Schein-Vielfalt, die politische Überraschungen sowie echte Mitwirkungsmöglichkeiten des Volkes ausschließen sollte.

Hinter einem „Download“-Link auf der Seite der Demokratieverächter befindet sich bereits der noch nicht in den Deutschen Bundestag eingebrachte AfD-Verbotsantrag mit vollständiger Begründung. Die läuft im Kern auf die Behauptung hinaus, die AfD sei der NSDAP ähnlich, würde einen Umsturz anstreben und Terroristen unterstützen:

„Die mutmaßliche terroristische Vereinigung um Prinz Reuß erhielt für ihre Umsturzpläne Unterstützung aus den Reihen der AfD.“

Das ist etwa so seriös wie der Versuch, CDU und SPD in die Nähe der Roten Armee Fraktion zu rücken.

Viel Raum nimmt in der Antragsbegründung das Thema der V-Leute ein, mit denen der „Verfassungsschutz“ die AfD unterwandert hat. Die Befürchtung, verfängliche Äußerungen, die der AfD zugeordnet werden sollen, könnten sich als Eigenzeugnisse staatlich bezahlter Provokateure erweisen, pfeift aus allen Ritzen.

Wer so agitiert, wird nie mehr den Weg zurück auf den Boden der Werte des Grundgesetzes finden. Die Verbotsstrategen entlarven nicht die AfD, sondern sich selbst. Ihr Machwerk bleibt über den Tag hinaus bemerkenswert - als ein Selbstzeugnis politischer Fanatiker, geprägt von Verblendung.

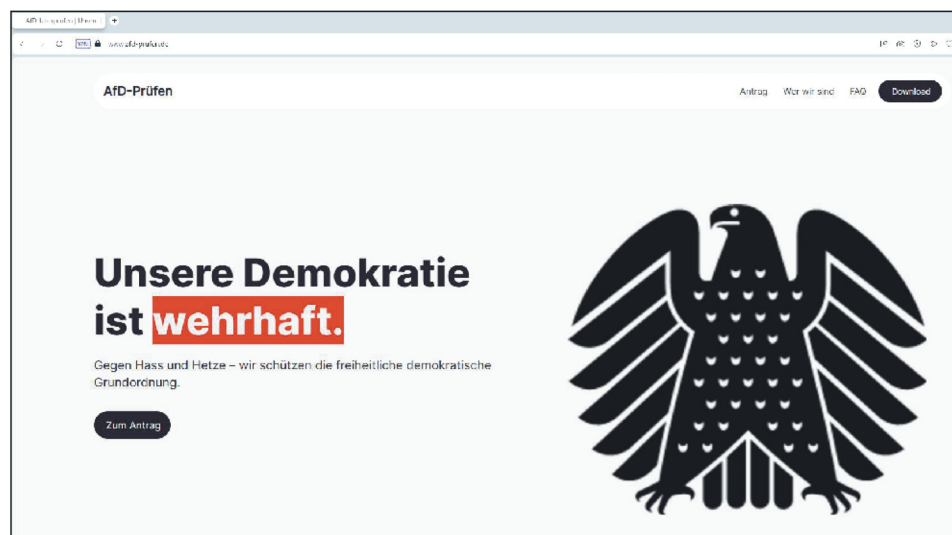
Neue Internetseite:

CDU, Die Linke & Co. gemeinsam für das AfD-Verbot

► Die fünf Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz (CDU), Martina Renner (Die Linke), Stefan Seidler (Südschleswigscher Wählerverband), Till Steffen (Grüne) und Carmen Wegge (SPD) sind ein politisch bemerkenswertes Bündnis eingegangen. Sie haben gemeinsam die Internetseite „AfD prüfen“ veröffentlicht, deren Bezeichnung

eher verschleiert als informiert - denn das verbindende Ziel dieser fünf Abgeordneten ist es nicht, die AfD in irgendeiner Hinsicht zu „überprüfen“, sondern die politisch lästige Konkurrenz auszuschalten.

Bemerkenswert ist zunächst der öffentliche, in einer Internetseite institutionalisierte Bund der CDU mit der poli-



Auf der Internetseite „AfD prüfen“ präsentiert sich ein Zweckbündnis der Öffentlichkeit, das außer der Ablehnung der AfD nicht allzu viel verbindet.



Das ist der wichtigste
Aufkleber Europas!

Rund, 9,5 cm Durch-
messer, PVC, wetterfest,
selbstklebend, Rück-
seite geschlitz

QR-Code für Spenden per App:



IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,
Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von
EUR 60,00 jährlich enthalten.

Bitte spenden Sie für dessen Druck und Verbreitung:

Signal für Deutschland e.V.

IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54

Hier den Aufkleber online bestellen:

www.signal-online.de/kleber/

Oder telefonisch: 030 - 66 40 84 13

► Die meisten Deutschen nutzen mittlerweile soziale Netzwerke wie X (vormals Twitter), Facebook und TikTok, um sich mit anderen Menschen auszutauschen. Und um sich zu informieren. In der Welt der Algorithmen sind die Medienkonzerne und der öffentlich-rechtliche Propagandaapparat marginalisiert gegenüber der Reichweite von Millionen „kleinen Leuten“, die ihre Inhalte vielen hunderttausend anderen Menschen nahebringen können, falls sie es verstehen, zur richtigen Zeit die richtigen Themen richtig zu verpacken.

Kein Wunder, dass auf den Betreibern der sozialen Netzwerke ein hoher staatlicher Zensurdruck lastet. Sie sollen durch die Sperrung unerwünschter Inhalte der politischen Klasse die Kritiker vom Hals halten.

Die meisten Nutzer sozialer Netzwerke, die gesperrt werden, nehmen ihren Ausschluss hin wie schlechtes Wetter, weil sie annehmen, sie seien machtlos gegen die Willkür der Zensoren. Aber diese Annahme ist falsch. Denn seit dem Jahr 2021 hat jeder, der sich in Deutschland gegen die Verbannung seiner Inhalte aus sozialen Netzwerken wehrt, eine starke und relativ leicht durchsetzbare Rechtsposition.

Denn er kann gegen solche Sperren vor Gericht gehen, und zwar nicht in Übersee, sondern vor dem Zivilgericht an seinem eigenen Wohnsitz. Das ergibt sich aus der Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Art. 17 Abs. 1 lit. c, 18 Abs. 1 EUG-VVO).

Und in Deutschland gilt: Kein Inhalt in sozialen Netzwerken und kein Nutzer darf willkürlich gesperrt werden. Dem Betroffenen muss Gelegenheit zur Stellungnahme gegen eine Sperre gegeben werden, und diese Stellungnahme muss von den Betreibern des jeweiligen sozialen Netzwerks berücksichtigt und gegen



Grafik oben: Zensur auf Facebook. - Urheber: IsaacMao | Lizenz: CC-BY-2.0

Klage gegen Facebook:

Was tun gegen Zensur in sozialen Netzwerken?

widerstrebende Interessen abgewogen werden. Das hat der Bundesgerichtshof am 29. Juli 2021 entschieden (Aktenzeichen III ZR 179/20).

Wer willkürlich und ohne triftigen Grund gesperrt wird, kann bei seinem örtlich zuständigen Zivilgericht eine Einstweilige Verfügung gegen die Sperre erwirken. Dafür ist allerdings anwaltliche Hilfe erforderlich.

So verfährt in diesen Tagen auch der Verein Signal für Deutschland e.V., dessen reichweitenstarke Facebook-Seite mit durchschnittlich im Monat mehr als einer halben Million Besuchern am 6.

Oktober ohne Angabe von Gründen gesperrt worden ist. Wir werden die Öffentlichkeit über den Verlauf des Verfahrens informieren.

Und wir sind gespannt, wie viel die hohen Grundsätze in Sachen Meinungsfreiheit wert sind, die in deutschen und europäischen Gesetzen auf geduldigem Papier aufgeschrieben worden sind. Wir und Sie, liebe Leser, werden es in den kommenden Wochen erfahren!

Bitte unterstützen Sie unseren Rechtskampf gegen Facebook mit einer Spende! Sie erhalten zeitnah eine steuerlich abzugsfähige Spendenquittung!